

**Zeitschrift:** Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik  
**Band:** 12 (1992)  
**Heft:** 23

**Vorwort:** Editorial  
**Autor:** P.F.

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 29.10.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Editorial

Die schwerer Behinderten sind fast ganz aus den Werkstätten verschwunden. Es wird bei der Aufnahme selektiert. Unser Kriterium: wirtschaftlich verwertbare Leistung.

Ein Sozialarbeiter, ZEIT, 15.6.90.

Die Rede ist vom neuen Sozialdarwinismus: Selektion der Schwachen, "Arbeitsunfähigen", "Asozialen" und Privilegierung der Funktionstüchtigkeit, Marktanpassung, Elite. Dem "Triumph des Liberalismus" und der erwarteten "Renaissance der Liberalisierung" kommt eine anhaltende Wachstumskrise der kapitalistischen Weltökonomie aber in die Quere. Und immer mehr erwerbsfähige Menschen in den hochentwickelten Industriestaaten werden arbeitslos: 9,5 Millionen in den USA, 15 Millionen in den EG-Staaten, über 82 000 in der Schweiz (Sonntags Zeitung, 10.5.92).

Die ordnungspolitischen Angriffe der Neoliberalen und Deregulierer zielen zur Stärkung der "Leistungsfähigkeit" und "Tauschwertgerechtigkeit" der Märkte, des "Sozialen im Marktprozess selbst" (NZZ 28.10.89) auf die Schwächung und letztlich Abschaffung des Wohlfahrtsstaats. So schüren sie die "Finanzkrise" des Sozialstaats und betreiben hiemit Sozialabbau. Und wenn der Staat kein Geld hat, so der Finanzminister O. Stich (SPS), "kommen, wie überall, die sozial Schwächsten unter die Räder" (T.A. 24.9.91). Statt Umverteilung "von oben nach unten" verschärfen sich die sozialen Verteilungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Durch die Wachstumskrise sind die Fundamente der sozialen Sicherung gebrochen: Die Wohlstandsnationen des Westens sind heute mit Massenarmut, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, mit armutsbedingter Kriminalität und Brutalisierung der sozialen Beziehungen konfrontiert. Die auf Wachstum und Vollbeschäftigung beruhende Wohlfahrts- und Sozialpolitik ist am Ende – die neuen sozialen Fragen müssen reformuliert und repolitisiert werden. Dazu die folgenden Beiträge.

\*

Aus frauenpolitischer Sicht zeigt *Susanne Schunter-Kleemann* den Diskriminierungskreislauf auf, in den Frauen im Wohlfahrtsstaat eingespannt sind. Ihre Kritik an den Konstruktionsprinzipien der Systeme sozialer Sicherheit verweist auf Defizite der geltenden Sozialrechte sowie der EG-Gesetzgebung, die durch die Richtlinien zur "Gleichbehandlung" von Männern und Frauen nicht behoben sind. Der dauernde Kompetenzstreit zwischen EG/Europäischem Parlament, die für Gleichbehandlung und Frauenpolitik zuständig sind, und nationalen Regierungen, die für Familienpolitik zuständig sind, zementiert die "Asymmetrie der Geschlechterverhältnisse". Und wen

wundert's, dass sich die systematische Minderbewertung von Frauenarbeit in den "freien Marktwirtschaften" behauptet; aber auch in den herkömmlichen Sozialstaatstheorien ist das Faktum der "geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung" allzu oft ausgeblendet. Lohndiskriminierung für erwerbstätige Frauen und erhöhte Armutsrisiken für geschiedene Frauen und alleinerziehende Mütter kennzeichnen die soziale Unsicherheit in den EG-Staaten und in der Schweiz. Der "strukturelle Patriarchalismus" schlägt in der sozialen Wirklichkeit der hochentwickelten Industriestaaten Europas voll durch.

Was lehren die Erfahrungen der Krisenbekämpfung in den 30er Jahren, in der Schweiz also die 'Kriseninitiative' und die 'Richtlinienbewegung'? *Heinz Kleger* hebt in seiner Forschungsnotiz staats- und sozialpolitische Aspekte der damaligen Auseinandersetzung hervor, in der die "soziale Demokratie" im Zentrum stand. Er erinnert an die politikhistorische Tradition von F. Marbach, M. Weber und E. Heimann, deren Kapitalismuskritik, Mittelstandsanalysen und Sozialisierungskonzepte von erstaunlicher Aktualität sind. Wenngleich sich die nationale Problematik und die Formen des Staatsinterventionismus verändert haben, eine Krisenstrategie der Gewerkschaften und Linksparteien wird sich heute nach Kleger mit dem "bürgergesellschaftlichen Interventionismus" der Neuen Sozialen Bewegungen über die "produktionspolitischen Imperative" und über die Rolle des Staats verständigen müssen.

Die konzeptionellen Debatten über die "Krise des Sozialstaats" und über das "Garantierte Mindesteinkommen", die in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland im Laufe der 80er Jahre unter dem Druck der Dauerarbeitslosigkeit in Gang kamen, stehen in der Schweiz bevor. Mit dem Ende des Vollbeschäftigungsstaats ist nach *Peter Niggli* der schweizerische Sozialversicherungsstaat – ein "Zweiklassen-Sozialstaat" – nicht mehr zu verantworten, wenn es um Zielbestimmungen einer neuen Sozialpolitik geht. Die Alternative besteht aus ökolibertärer Sicht in einer differenzierten Ausgestaltung eines garantierten Einkommens, woran Niggli gegen Bedenken von gewerkschaftlicher und feministischer Seite festhält.

Auf eine in den Schichtungs- und Klassenanalysen vernachlässigte Frage der Mittelstandsforschung macht *Heinrich Zwicky* aufmerksam. C. W. Mills zählte die "Selbständigen" zur "Lumpenbourgeoisie", anderen Soziologen folgend sind sie Anhänger eines autoritären Populismus, kleinbürgerliche Konformisten und Fremdenhasser, politischen Tendenzen nachhängend, die Parteien wie die SVP, Autopartei, Lega dei Ticinesi und Schweizer Demokraten prägen. Die Zahl der neuen Selbständigen wächst mit steigender Arbeitslosigkeit, sie sind unter der "Armutsbevölkerung" überdurchschnittlich vertreten. Zwicky erwartet über die Einrichtung eines garantierten Mindesteinkommens unter anderem einen Abbau der "Existenzrisiken", mit denen Selbständigerwerbende in besonderem Ausmass zu rechnen haben.

Ausgedient hat nach Einschätzungen von *Urs Ruckstuhl* die bisherige Sozialpolitik als staatliche Reparatur- und Korrekturpolitik: Sie ist ausserstande, die gesellschaftlich produzierte Asozialität und die Gesundheitsschäden aufzufangen oder die Wachstumsdynamik des medizinisch-industriellen

Komplexes zu bremsen. Eine zukunftsweisende Sozialpolitik setzt gesellschaftspolitische Weichenstellungen voraus, einen neuen Gesellschaftsvertrag, in dessen Konzeption er der "Sozialzeit" einen "kulturrevolutionären" Stellenwert einräumt auf dem Weg zur ökosozialen Gesellschaft.

*Guido Hischiers* und *Heinrich Zwickys* empirischer Befund zur sozialen Ungleichheit in der Schweiz ist unmissverständlich: Die Einkommensungleichheit hat in den 80er Jahren zugenommen, seit 1980 findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Dieser Ungleichheitsentwicklung entspricht eine in der Bevölkerung verstärkte Wahrnehmung der "Klassenspannung" sowie eine Verteilungskritik. Der verteilungspolitische Reformismus und der brüchige liberale Korporatismus, die von Gewerkschaften und Sozialdemokraten mehrheitlich mitgetragen werden, blockieren nach Ansicht der Autoren eine Mobilisierung des "Klassenpotentials", das in der Schweiz wie auch in anderen EG-Staaten auf die fortwährende Preisgabe von Verteilungsgerechtigkeit reagiert.

Die Spaltung im schweizerischen Wohnungsmarkt nimmt kein Ende. Hemmungslose Bodenspekulation, laufende Hypozinssatzerhöhungen und explodierende Mieten machen Wohnungen zu Luxusgütern und belasten, wie *Niklaus Scherr* belegt, die unteren Einkommensschichten mehr und mehr. Von (unsichtbarer) Wohnarmut und Obdachlosigkeit ist ein immer grösser werdender Bevölkerungsteil der Schweiz getroffen. Und absehbar ist, dass neben den Bauern und den von Arbeitslosigkeit bedrohten Lohnabhängigen auch die Mieter und Mieterinnen die "Verlierer" des forcierten EG-Integrationskurses sein werden.

Gewiss, die Behörden sind seit einiger Zeit alarmiert. Und in Anbetracht dessen, dass Millionen von Steuergeldern in die Armutsforschung fliessen und die Publikationsflut von Armutsstudien – siehe die Literaturberichte von *Peter Farago* und *Hans-Josef Legrand* – kaum mehr zu überblicken ist, sind die kritischen Anmerkungen von *Georges Enderle* zum wissenschaftlichen Umgang mit "Armut" von einiger Brisanz. Er denunziert die sogenannte Wertneutralität gewisser Ökonomen und Sozialforscher, die zur Verharmlosung der Armutssituationen nicht wenig beiträgt. Die Armutsdefinition ist in der sozialpolitischen Arbeit von praktischer Relevanz. Armutsbekämpfung sollte seines Erachtens ethisch fundiert und verfassungsrechtlich verankert, nicht gegen, sondern mit den Armutsbetroffenen organisiert werden. Sie könnte aus der Scham und Verdrängung sozialer Angst vor Armut herausführen hin zu einer solidarischen Armenbewegung, zum urdemokratischen "Aufstand der Armen" (Piven/Cloward).

Bundesrat Villigers Kommentar zur GSoA-Volksinitiative gegen den Kauf der F/A-18 Kampfflugzeuge, ein Ja zu dieser Initiative "wäre ein Signal des Zerfalls des Selbstbehauptungswillens" (T.A. 2.6.92), ist bloss noch pflichtgemässe Sicherheitsrhetorik eines Verteidigungsministers. Politisch gewichtiger sind die gezielten Presseinformationen des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM), wonach die Beschaffung der milliardenteuren Kampfflugzeuge 3000 Arbeitsplätze auf zehn Jahre hinaus "sichert" (T.A. 27.5.92). Denn losgelöst davon führt die Modernisierung der

High-Tech-Rüstung seit längerem schon zu massiver Arbeitsplatzvernichtung im Militärssektor. In den von *Peter Hug* skizzierten Szenarien wird nicht zuletzt deshalb Rüstungskonversion als langfristige Beschäftigungspolitik und zivile Produktplanung vorgestellt.

Nein, bei der ethischen Frage nach Rechtfertigungen der Tötung von schwerbehindertem Leben geht es nicht um "Singer in uns", wie die NZZ (1.3.92) im Kontext eines Beitrags von R. Bonfranchi insinuiert, sowenig die "Endlösung der Judenfrage" mit der Formel "Hitler in uns selbst" (M. Picard) begreifbar wird; vielmehr verdunkelt diese das Faktum der "Endlösung" und entlastet in schicksalhafter Selbstbeschuldigung die Politik. Wie *Jürgmeier* in seinen Überlegungen zur neuen "Euthanasie"-Debatte andeutet, wird die Verflechtung von technischem Machbarkeitswahn und gewinnoptimierendem Nützlichkeitsdenken im Herrschaftsdiskurs neutralisiert. Der neuen Ausmerzung "des 'lebensunwerten' Lebens" mittels Gentechnologie, pränataler Diagnostik o.a.m. ging eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Umwertung des menschlichen Lebens voraus, einhergehend damit eine Abtötung des sozialen Empfindens. Dass im Zuge des biologistischen Roll-Back – etwa in Molekularbiologie, Humangenetik, Soziobiologie – die Elektroschock-"Behandlung" in der Psychiatrie lautlos wieder eingeführt wird und zunehmend zur Anwendung kommt, darf, so *Marc Rufers* Intervention, nicht hingenommen werden. In seinem Plädoyer für ein Verbot des Elektroschocks gibt er einen kurzen Einblick in die Geschichte dieser "Therapie" und hinterfragt präzise die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse der biologischen Psychiatrie.

Der "Drogenkrieg", den Nixon 1969 begann, Reagan wiederaufnahm und Bush fortsetzt, ist zwar längst "verloren", er dauert aber an, wie M. Friedmann nüchtern konstatiert, solange in diesem Krieg "Verfolgte und Verfolger in gewisser Weise ein gemeinsames Interesse" (Spiegel 14/92) teilen: die Drogenkartelle jenes am Milliardengeschäft, die Drogenfahndungsbehörden jenes an Etatsaufstockungen. Darüber hinaus, so *Res Strehle*, übernimmt die Drogenprohibition weltweit und den Ländern jeweils angepasst Vehikelfunktionen, die der Durchsetzung der Neuen Weltordnung dienen.

Und wenn auch für viele Drogenfachleute die Drogenprohibition am Ende ist, derzeit in der Schweiz über Legalisierungsmodelle ausgiebig diskutiert und im Herbst eine "Volksinitiative für die Drogenliberalisierung" lanciert wird – der Bundesrat, allen voran F. Cotti (CVP), hält stur und mit Blick auf eine baldige Ratifizierung des Wiener Abkommens von 1988 an der auf "Prävention, Therapie und Repression" beruhenden Kriminalisierungspolitik fest. In diesem Zusammenhang dokumentieren wir die neuen *Thesen* zu einer "anderen Drogenpolitik" des Zentralsekretariats der SPS. Ihrer Stossrichtung nach stehen sie in krassem Gegensatz zur repressiven Vertreibungs- und Säuberungspolitik, die in der Stadt Zürich vom Sozial-, Gesundheits- und Polizeiamt in sozialdemokratisch-christlicher Verantwortung seit März dieses Jahres unter öffentlichem Druck rechtsbürgerlichen Parteien und bürgerwehernen Vereinigungen mit verheerenden Folgen "umgesetzt" wird.

Und schliesslich die europäische Frage: ob und wie sie sich aus linker und ökologischer Sicht angesichts der Weltmachtansprüche der EG, des Euromilitarismus und Supranationalismus realistisch stellt. *Walter Schöni* diagnostiziert im allzu technokratisch auf EWR und EG fixierten Europa-Diskurs ein "staatpolitisches Vakuum", das Bezugsräume für neue Formen der Orientierung und Mobilisierung eröffnet. Der im Prozess der Neuordnung Europas sich vollziehende Funktionswandel von Staat und Demokratie fordert ihre Repolitisierung heraus. Zu gross ist das Krisenpotential der einzelnen EG-Staaten, die ungelösten Probleme der struktur- und sozialpolitischen Regulierung nämlich, die im "Europaplädoyer aus den Wirtschaftsmetropolen" (NZZ) nur am Rande thematisiert werden.

Hingegen ist die um sich greifende soziale Verelendung in den europäischen und amerikanischen Grosstädten Brennpunkt sozialwissenschaftlicher Kontroversen, die *Manfred Züfle* und *Stefan Howald* ausführlich zur Sprache bringen.

P.F.

## WIDERSPRUCH

- das sind jährlich zwei Hefte mit Beiträgen aus dem kritischen Wissenschafts- und Kulturbereich, aus Ökologie-, Friedens-, und Frauenbewegung, aus Linksparteien und den Gewerkschaften.

Die wichtigste finanzielle Basis wird

## WIDERSPRUCH

durch den FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH gesichert. Dieser benötigt und sucht weitere Mitgliederinnen und Mitglieder.

## WIDERSPRUCH

- Freundinnen und Freunde können dem FÖRDERVEREIN mit dem Jahresbeitrag von 120 Fr. (inkl. die beiden erscheinenden Hefte) beitreten.

FÖRDERVEREIN WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich  
PC 80 - 22840 - 8